



*Erfahrung gestaltet Zukunft*

**„3 Länder-Treffen 2015“  
des Bundesvorstands des Österreichischen Seniorenbunds der ÖVP,  
der Seniorenbewegung der Südtiroler Volkspartei der SVP,  
der Senioren-Union in der CDU Baden-Württemberg und  
der Senioren-Union in der CSU  
am 17. und 18. September 2015 in Nürnberg**

**Zur Flüchtlingsproblematik: Resolution der Seniorenvereinigungen von  
CDU, CSU und ÖVP**

**Nürnberg** – Das Dreiländertreffen der Senioren aus Baden-Württemberg, Bayern und Österreich hat die Zusammenkunft in Nürnberg am 17./18. September nicht nur für eine Resolution genutzt, die den Status der älteren Generation zum aktuellen Zeitpunkt Herbst 2015 aufnimmt, sondern auch – aus aktuellem Anlass – die Problematik der Süd-/Nord-Völkerwanderung aufgegriffen. Angesichts der deutschen und österreichischen Entscheidungen, wieder Grenzkontrollen einzuführen, machen die Seniorenvereinigungen darauf aufmerksam, dass die derzeitige Welle von Flüchtlingen und Schutzsuchenden inzwischen ganz Europa, insbesondere unsere Länder, nicht überfordern darf.

**Übereinstimmend stellen die drei der älteren Generation zugeordneten Arbeitsgemeinschaften von CDU, CSU und ÖVP Gemeinsamkeiten fest, die sie ihren politischen Führungsgremien zur dringlichen Beachtung anempfehlen:**

1. Seniorinnen und Senioren in ganz Österreich und in Süddeutschland sehen dankbar die menschliche Aufgeschlossenheit und Aufnahmebereitschaft in unseren beiden Ländern gegenüber Mitbürgern und Fremden, die unter Bezug auf die europäische Grundrechtscharta ihre Flucht aus der alten Heimat begründen und hier berechtigt politisches Asyl beantragen. Allerdings: Europa besteht nicht nur aus Deutschland und Österreich.
2. Eine Politik der Aufnahme bei uns muss gewährleisten, dass die Ankömmlinge möglichst rasch erfahren, dass das in Europa Erreichte der Durchsetzung eines Wertekonzepts auf der Basis des christlichen Menschenbilds nach dem Zweiten Weltkrieg zu verdanken ist. Auf diese Grundsätze kann, wenn die Qualität der Lebensentwürfe stabil bleiben soll, auch in der Zukunft nicht verzichtet werden.
3. Die Grenzen unserer beiden Länder stehen allen offen, die sich zu ihrer eigenen Vergangenheit bekennen, die Gründe (der Verfolgung), die sie zur Flucht gezwungen haben, benennen und darauf abstellen, dass sie ihren Teil zur wertgesicherten Fortentwicklung unserer einer jetzt mit ihnen neu zu festigenden Heimat – Deutschland in Europa – beitragen.
4. Wir, die süddeutschen Länder und Österreich, verdanken unsere heutige Stabilität und den erreichten Wohlstand nicht zuletzt der nach dem Zweiten Weltkrieg praktizierten Öffnung unserer „kleinen Welt“. Wenn jetzt große Teile der „anderen Welt“ mit uns anpacken wollen, wird das zwar auch uns verändern, unsere Prinzipien aber nicht. Wer willkommen sein will, muss das wissen und anerkennen.
5. Wir bestehen darauf, dass das Abkommen Dublin III grundsätzlich in seinen Vorgaben eingehalten wird. Die Augenblicksöffnung unserer Grenzen durch die deutsche Bundeskanzlerin und den österreichischen Bundeskanzler darf sich nicht wiederholen, damit wir die neue Ordnung, die durch die Zuwanderung von Hunderttausenden entsteht, auch zu deren Gunsten verkraften. Die Sicherstellung des Lebensunterhalts für die Asylantragssteller ohne Rechtsanspruch hat in der Zukunft durch Sachleistungen zu erfolgen.
6. Die Europäische Gemeinschaft, die ohne Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen dabei ist, ihre Einheit schon wieder zu riskieren, muss die anstehenden Regierungskonferenzen dazu nutzen, anteilige Lasten für alle so zu definieren, dass alle Beteiligten – die einheimische Bevölkerung und unsere Gäste – daraus Zuversicht für das Gelingen des Weltexperiments einer weiteren Völkerwanderung schöpfen können. Die einseitige Belastung für einzelne Länder, die Drückebergerei, die andere ohne erkennbare Not praktizieren, müssen ein Ende haben.

Die Seniorenvereinigungen in Österreich und aus dem deutschen Süden sind überzeugt, dass alle auch vor Ort aufgefordert sind, konkrete Aufnahmehilfe zu leisten. Österreich wird eine besondere Nachbarschaftshilfe für Zugezogene aus den Krisengebieten organisieren. In Bayern ist der Versuch gestartet, durch eine eigene Umfrage unter den Mitgliedern der Senioren-Union zusätzliches Engagement zu akquirieren. Denn: die örtliche Integration in das Erwerbsleben und das rasche Erlernen der deutschen Sprache sind nötig, um die Sozialisation der Neubürger zu erleichtern. Um insbesondere diese Aufgabe zu schultern, bedarf es der intensiven Zuwendung und Unterstützung durch die jeweilige örtliche Bevölkerung.

Mit dem Treffen in Nürnberg unterstreichen die Seniorenorganisationen, dass sie ihrer Verpflichtung zur Unterstützung der politischen Initiative und der damit verbundenen offiziellen Mission in jeder Hinsicht nachkommen wollen.

Nürnberg, den 18.09.2015

gez. Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol  
Bundesobmann des ÖSB

gez. Prof. Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten  
Landesvorsitzender der Senioren-Union der CDU  
Baden-Württemberg

gez. Dr. Thomas Goppel, MdL  
Landesvorsitzender der SEN der CSU